

Die Genese politischer Konfliktstrukturen: Modelle und Befunde zur Entstehung von Fraktionen und Parteien in West- und Mitteleuropa

Best, Heinrich

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Best, H. (2008). Die Genese politischer Konfliktstrukturen: Modelle und Befunde zur Entstehung von Fraktionen und Parteien in West- und Mitteleuropa. *Historical Social Research, Supplement*, 20, 344-359. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-191847>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Die Genese politischer Konfliktstrukturen: Model und Befunde zur Entstehung von Fraktionen und Parteien in West- und Mitteleuropa

Heinrich Best^{*}

Abstract: Best entwickelt anhand der spezifischen Konstellation der „Schwellenzeit“ der europäischen Revolution 1848/49 allgemeine Aussagen über die Genese politischer Konfliktstrukturen. Berichtet wird über die Formierung von Interaktionssystemen in zwei Parlamenten, die zum Ausgangspunkt moderner Parteibildungen in Westeuropa und Mitteleuropa wurden. Empirischer Gegenstand sind die Abgeordneten der beiden konstituierenden Versammlungen, die im Mai 1848 in Paris und Frankfurt zusammentraten. Von Interesse ist die soziale Morphologie der Konfliktstrukturen, die sich in der Situation relativer Freiheit eines institutionellen Neubeginns ausdifferenzierten. Zwei verschiedene Ansätze werden einander gegenübergestellt: das Konzept der Responsivität, das die Anpassungsfunktion des politischen Systems in den Vordergrund stellt; ein Ansatz, für den die Zielerreichung, die Entscheidungsfähigkeit politischer Körperschaften deren strukturdominante Funktion und Eigenschaft ist. Indem die Parlamente als Interaktionssysteme rekonstruiert werden, wird untersucht, welche Beziehungsmuster sich zwischen Abgeordneten im Prozess parlamentarischer Entscheidungsbildung einspielen. Analysiert wird das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten, um vor diesem Hintergrund die Frage zu diskutieren, warum in beiden Versammlungen isomorphe und rigide Konfliktstrukturen entstanden sind. Best stellt fest, dass der zeitliche Ablauf der Strukturbildung in beiden Parlamenten phasenweise als ein fortschreitender Differenzierungs- und Institutionalisierungsprozess beschrieben werden kann, in dessen Verlauf sich diffuse und inhomogene Orientierungen verstetigten und institutionell verfestigten.

Die Untersuchung, über die hier berichtet wird, führt zurück in eine nach den Maßstäben der sozialwissenschaftlichen Eliteforschung ferne Vergangenheit: die „Schwellenzeit“¹ der europäischen Revolutionen von 1848/49. Doch ist nur ihr Erkenntnisgegenstand, nicht aber ihr Erkenntnisinteresse historisch. Es geht darum, aus einer spezifischen Konstellation allgemeine Aussagen über die Genese politischer Konfliktstrukturen abzuleiten. Die Erwartung, daß dieser

^{*} Reprint of: Heinrich Best (1991): Die Genese politischer Konfliktstrukturen: Model und Befunde zur Entstehung von Fraktionen und Parteien in West- und Mitteleuropa, in: Hans-Dieter Klingemann u.a. (Hrsg.), Politische Klasse und politische Institutionen, Westdeutscher Verlag: Opladen, S. 107-121.

¹ Reinhart Koselleck, Staat und Gesellschaft in Preußen, 1815-1848, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, 3. Aufl., Köln/Berlin 1970, S. 55-84.

sachlich wie historisch weite Induktionsschritt gelingen wird, bedarf der Begründung.

Geschichte wird vor allem unter zwei Aspekten zu einem Gegenstand sozialwissenschaftlichen Interesses: zum einen als Geschichte sozialer Systeme, in der sich Konstellationen ausbilden, die sich auf gegenwärtige Handlungszusammenhänge beziehen, aber aus diesen nicht allein verständlich gemacht werden können; zum zweiten ist Geschichte ein Reservoir obsoletter Sozialformen, die der Ausbreitung und Selektion von Kulturmustern einer in vielen Aspekten gleichförmigen Weltzivilisation zum Opfer gefallen sind². Dieser Beitrag wird sich auf den ersten der beiden Aspekte beziehen: Es wird über die Formierung von Interaktionssystemen in zwei Parlamenten berichtet, die zum Ausgangspunkt moderner Parteibildungen in West- und Mitteleuropa wurden.

Jedes soziale System kann man, einem Wort Jakob Burckhardts folgend, als „aufsummierte Vergangenheit“ verstehen, wobei es sich eben nicht nur um eine bloße Anhäufung von Überresten handelt, sondern um einen Traditionszusammenhang – das heißt, um das Ergebnis von Selektionsleistungen, die im System erbracht wurden und dort gegenwärtig bleiben. Die Sedimente solcher Systemgeschichten können Konstellationen von Personen sein, die Routinen und Regeln, nach denen sie kommunizieren, und die Ressourcen, über die sie verfügen. Niklas Luhmann hat darauf aufmerksam gemacht, daß die Ausdifferenzierung einer eigenen Geschichte ein wesentliches Moment der Ausdifferenzierung des Systems selbst ist. Nicht nur in seinem gegenwärtigen Wahrnehmungsraum, sondern auch in seinem gegenwärtigen Geschichtsraum konstituiert sich das System als etwas von der Umwelt Unterscheidbares³. Historische Sozialforschung als Rekonstruktion von Differenzierungsvorgängen sozialer Systeme bildet deshalb nicht nur die unverzichtbare empirische Grundlage für kausal-genetische Veränderungserklärungen, sondern sie liefert auch das Material für ein Verständnis sozialen Handelns in Interaktionssystemen. Dabei ist jedoch zu beachten, daß auch das Interesse an singulären Sachverhalten nicht notwendig in historistisches Fahrwasser führt. Tatsächlich sind, worauf beispielsweise Raymond Boudon aufmerksam gemacht hat, historisch einmalige Einzeltatbestände durchaus auch für eine analytisch orientierte, am Ziel universaler Erklärungen festhaltende Sozialwissenschaft von Belang. Die Besonderheit der soziologischen Analyse besteht dann in dem Versuch, diese singulären Sachverhalte nicht aufgrund des Paradigmas der Induktion vom Einzelnen auf das Einzelne, sondern vielmehr mit Hilfe eines Modells oder

² Vgl. Heinrich Best, Historische Sozialforschung als Erweiterung der Soziologie. Die Konvergenz sozialwissenschaftlicher und historischer Erkenntniskonzepte, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 40/1988, S. 6-10.

³ Vgl. Niklas Luhmann, Weltzeit und Systemgeschichte. Über Beziehungen zwischen Zeithorizonten und sozialen Strukturen gesellschaftlicher Systeme, in: Peter Christian Ludz (Hrsg.), Soziologie und Sozialgeschichte (Sonderheft 16 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie), Opladen 1973, S. 81-116.

eines Quasi-Modells zu erklären, welches die Struktur des Interaktionssystems darstellt, in dem sich der zu erklärende Tatbestand entwickelt⁴.

Die folgenden Einzelfallanalysen orientieren sich an Boudons Maxime. Betrachtet wird eine Situation, die ganz besonders „höflich“ im Hinblick auf die Möglichkeit zur Auffindung allgemeiner Strukturen ist: „die Stunde Null“ von Interaktionssystemen, die noch ganz am Anfang ihrer Systemgeschichte stehen, in denen sich also noch wenig an systemspezifischen Erfahrungen und Erinnerungen, oder, um es mit Luhmann zu sagen, an „aufbewahrter Selektivität“ abgelagert hat. Der Handlungskontext ist das Jahr 1848, die „Stunde Null“ der Massendemokratie in Mittel- und Westeuropa, in der sich hier zum ersten Mal das allgemeine Männerwahlrecht mit parlamentarischer Regierungsweise, einer Formierung von Parlamentsfraktionen, einer breiten politischen Mobilisierung der Bevölkerung und Anfängen organisierter Massenparteien verband. Der empirische Gegenstand der Untersuchung sind die Abgeordneten der beiden konstituierenden Versammlungen, die im Mai 1848 in Paris und Frankfurt zusammentraten. Sie waren, was die Parlamentserfahrung angeht, weit überwiegend *homines novi*: Nur jeweils etwa 20 Prozent von ihnen hatten schon vor dem Mai 1848 einer Kammer oder einem Landtag angehört.

Uns beschäftigt hier vor allem die soziale Morphologie der Konfliktstrukturen, die sich der Situation relativer Freiheit eines institutionellen Neubeginns ausdifferenzierten. Diese Fragestellung war der Ansatzpunkt zu einer Sekundäranalyse und Neuinterpretation von Daten, die auch den empirischen Kern einer vor kurzem veröffentlichten umfassenden Untersuchung bilden⁵. Während aber im Zentrum dieser Arbeiten das Problem stand, welche Positionen unterschiedliche Kategorien von Abgeordneten auf den Konfliktfeldern der Nationalversammlungen besetzten, interessiert nun der *Modus operandi*, der diese Konfliktstrukturen selbst erzeugte. Zugespitzt formuliert: Die Frage lautet nun nicht mehr, warum ein Abgeordneter mit der Linken oder der Rechten votierte, sondern warum, in welcher Weise und mit welcher Verbindlichkeit sich „links“ und „rechts“ als konzeptuelle Schemata für das Handeln der Abgeordneten und als Organisationsprinzipien für die Formierung politischer Konfliktgruppen durchsetzten. Diese Problemstellung hat auch einen aktuellen Bezug: In Osteuropa erleben wir gegenwärtig erneut eine „Stunde Null“ der repräsentativen Demokratie, mit schwach ausgebildeten Parteiensystemen und ephemeren Fraktionsstrukturen. Es hat einigen Reiz zu verfolgen, ob sich im Prozeß der Formierung von politischen Konfliktstrukturen Parallelen zum ersten „tollen Jahr“ der europäischen Geschichte zeigen werden.

⁴ Vgl. Raymond Boudon, Die Logik gesellschaftlichen Handelns, Neuwied/Darmstadt 1980, S. 51f.

⁵ Vgl. Heinrich Best, Die Männer von Bildung und Besitz. Struktur und Handeln parlamentarischer Führungsgruppen in Deutschland und Frankreich 1848/49, Düsseldorf 1990, insbes. S. 350-447.

Als Ausgangshypothesen oder „Quasi-Modelle“ im Sinne Raymond Boudons lassen sich die widersprüchlichen Aussagen zweier prominenter Autoren über den „Naturzustand“ politischer Konfliktstrukturen in kompetitiven und partizipatorischen Kontexten heranziehen. Nach Robert Dahl ist Vielfalt, nicht Polarität dieser Naturzustand, denn in jeder Gesellschaft gibt es multiple Interessen, die sich nicht in eine dominante Konfliktdimension eingliedern lassen. Daraus folgt: „The lower the barriers to – or the greater opportunities for – expressing, organizing, and representing political preferences, the greater the number and variety of preferences represented in policy making will be.“⁶ In der Situation des Jahres 1848, in der ja die autoritären Regime des Vormärz und Vorfebruar beseitigt oder zumindest nachhaltig geschwächt waren, müßte es danach eine „Explosion“ an Vielfalt und eine multiplexe Konfliktstruktur in beiden Parlamenten gegeben haben. Die Gegenposition vertritt Maurice Duverger mit seiner Vorstellung von einem „natürlichen Bipartismus“. Er geht davon aus, daß die Logik des politischen Entscheidungshandelns die Reduktion pluraler Konfliktstrukturen auf einen polaren Gegensatz erzwingt:

Toute politique implique un choix entre deux types de solutions: les solutions dites intermédiaires se rattachent à l'une ou à l'autre. ... Le destin du centre est d'être écartelé, ballotté, annihilé. L'action est un choix, et la politique est action.⁷

Wer hat nun recht: Dahl, der die Anpassungsfunktion des politischen Systems in den Vordergrund schiebt, für die in der politischen Theorie das Konzept der „Responsivität“ steht, oder Duverger, für den die Zielerreichung, die Entscheidungsfähigkeit politischer Körperschaften deren strukturdominante Funktion und Eigenschaft ist?

Um diese Fragen zu beantworten, müssen wir die Parlamente als Interaktionssysteme rekonstruieren und herausfinden, welche Beziehungsmuster sich zwischen Abgeordneten im Prozeß parlamentarischer Entscheidungsbildung einspielten. Die historische Situation des Frühparlamentarismus, in der das Verhalten der Abgeordneten nicht oder nicht vollständig durch Fraktionsbindungen, ihre eigene „voting history“ oder Einflüsse externer Intervenienten gesteuert wurde, eröffnet Möglichkeiten für einen Untersuchungsansatz, der die einzelnen Abgeordneten als Analyseeinheiten und die einzelnen Abstimmungen in den Konstituenten als Indikatoren wählt. Er ist in den USA unter dem Stichwort „roll-call analysis“, der Analyse namentlicher Abstimmungen, weit verbreitet, in der Politikwissenschaft der Bundesrepublik so gut wie unbekannt

⁶ Robert Dahl, Governments and Political Oppositions, in: Fred I. Greenstein und Nelson W. Polsby (Hrsg.), Handbook of Political Science, Bd. 3: Macro-political theory, Reading u.a. 1975, S. 124.

⁷ Maurice Duverger, Les partis politiques, Paris 1976 u.ö., S. 293. Auch Carl Schmitts Bestimmung des Politischen als eines polarisierten Freund-Feind-Verhältnisses läßt sich hier als Referenz anführen.

– und dies, obwohl auch in deutschen Parlamenten der Vergangenheit die Anwendungsmöglichkeiten gegeben sind und mit wachsender historischer Tiefe immer besser werden⁸. Auch in den beiden hier betrachteten Konstituenten sind die Voraussetzungen für serielle Analysen namentlicher Abstimmungen außerordentlich günstig: Innerhalb eines Jahres wurde in ihnen jeweils etwa 300mal namentlich abgestimmt. Insgesamt liefern die Abstimmungslisten für beide Untersuchungsgruppen mehr als 470 000 Datenpunkte zum parlamentarischen Entscheidungshandeln der Abgeordneten. Diese Fülle ist sicherlich eine beeindruckende Widerlegung des Vorurteils von der relativen Datenarmut der historischen Sozialforschung, doch wäre es vorschnell zu glauben, daß man hier nun über einen unproblematischen Indikator verfügt, der einen unmittelbaren empirischen Zugang zu einer Analyse der politischen Orientierungen der Abgeordneten eröffnet. Entgegen der Behauptung vieler Autoren sind Abstimmungslisten kein Analog der Fragenbatterien in der empirischen Sozialforschung⁹.

Tatsächlich sind namentliche Abstimmungen der Ausdruck eines hochkontingenten sozialen Handelns, in dem die ideologischen Präferenzen der Abgeordneten nur ein Bestimmungsmoment unter anderen sind. Abgeordnete sind nutzenmaximierende Akteure, die unter verfügbaren strategischen Alternativen wählen, um ihre Ziele zu erreichen. Junktimpositionen und Obstruktion sind Beispiele für taktisches Verhalten, die nahelegen, daß Abweichungen von der persönlichen Präferenzskala häufige Vorkommnisse in parlamentarischen Abstimmungen sind. Solchen Situationen ist gemeinsam, daß Abgeordnete einem Entscheidungskalkül folgen, das andere Akteure in ihrem Umfeld einbezieht, die ebenfalls unmittelbaren Einfluß auf das Ergebnis der Abstimmung haben. Deshalb gilt: Während die Folgenlosigkeit der Antworten für die Befragten die Voraussetzung für die Gültigkeit von Ergebnissen in der Standard-Interviewsituation ist, sind die politische Wirkung und die absichtsvolle Sichtbarkeit des Abstimmungsverhaltens Kennzeichen von Entscheidungssituationen in parlamentarischen Versammlungen. Für die Analyse des namentlichen Abstimmungsverhaltens resultiert hieraus das schwer lösbare Problem, die „strategische Komponente“ in den Voten ermitteln zu müssen, wenn man aus ihnen Indikatoren für die politische Orientierung der Abgeordneten gewinnen will. Ein solches Vorgehen setzt die Konstruktion eines allgemeinen entscheidungstheoretischen Modells voraus, auf dessen Grundlage das Stimmverhalten von Abgeordneten unter der Voraussetzung prognostiziert werden kann, daß sie entsprechend ihren persönlichen Präferenzskalen votieren. Abweichungen zwischen dem danach erwarteten Abstimmungsmuster und dem tatsächlich beobachteten Abstimmungsverhalten lassen dann auf eine strategische Kompo-

⁸ Vgl. Best, *Bildung und Besitz* (Anm. 5), S. 484-492.

⁹ Diese Gleichsetzung findet sich z.B. bei William O. Aydelotte, *Voting Patterns in the British House of Commons in the 1840's*, in: *Comparative Studies in Society and History*, 5 (1962-1963), S. 134 f.

nente schließen. Erst in den vergangenen Jahren wurden Modelle parlamentarischen Abstimmungsverhaltens entwickelt, die die Elemente von Entscheidungssituationen und deren konditionelle Verknüpfung soweit spezifizieren, daß ein solches Vorgehen aussichtsreich wird. Zuvor waren Abstimmungsanalysen zumeist kaum mehr als beliebige Kombinationen eines Datentyps mit einem Methodenrepertoire, das nach Vorkenntnis und Vorliebe des einzelnen Forschers eingesetzt wurde¹⁰.

Im gegebenen Fall erwies sich ein kumulatives Skalierungsmodell als angemessen, um die Kalküle der Abgeordneten in den Abstimmungen zu formalisieren¹¹. Solche Meßmodelle sind dann anwendbar, wenn in Entscheidungssituationen Alternativen implizit oder explizit präsent sind. Dies ist typisch für verfassungsgebende Versammlungen, in denen ja eine neue politische Ordnung gegen den Status quo durchgesetzt werden soll. Prägnant kommt dieser Sachverhalt in der zeitgenössischen Terminologie zum Ausdruck, in der von „Beharrungs“- und „Bewegungspartei“ die Rede war. Der Status quo bildete über Serien von Voten die relevante Entscheidungsalternative und markierte zugleich einen der beiden Pole der Präferenzskalen aller Abgeordneten. Das ist ein Umstand, der das Problem der Ermittlung von politischen Orientierungen durch Abstimmungsanalysen in entscheidender Weise vereinfacht. Denn unter der weiteren Voraussetzung, daß Abgeordnete und Abstimmungsgegenstände über den gleichen Bereich des politischen Kontinuums streuen – wofür in unserer Untersuchungssituation die Beobachtung spricht, daß die Vorlagen von den Abgeordneten selbst formuliert und eingebracht wurden –, lassen sich dann Abstimmungen und Abgeordnete in eine korrespondierende Rangordnung bringen. Die resultierende Skala hätte idealiter die Eigenschaften einer Guttman-Skala. In offenen Entscheidungssituationen, die nicht durch fixierte Alternativen strukturiert werden, sollten dagegen nichtkumulative unfolding Modelle angewendet werden.

In unserer Untersuchungssituation stellte sich nun die Frage, ob sich die namentlichen Abstimmungen einer oder mehreren kumulativen Skalen zuordnen lassen und wie sich die Abgeordneten auf die Skalenpositionen verteilen. Hätte Robert Dahl mit seiner These von der „natürlichen Vielfalt“ der Repräsentation politischer Präferenzen recht, so müßten sich eine Mehrzahl unterschiedlicher Skalen und eine annähernde Gleichverteilung der Abgeordneten auf die Skalenpositionen beobachten lassen; Maurice Duvergers „natürlicher Bipartismus“ müßte hingegen in einer eindimensional-bimodalen Konfliktstruktur resultieren.

¹⁰ Vgl. Menno Wolters, *Interspace Politics*, Leiden 1984.

¹¹ Vgl. Heinrich Best/E. Josef Zimmermann, Dimensionen politischer Konflikte. Die Analyse von namentlichen Abstimmungen in Parlamenten mit dem Verfahren der Mokken-Skalierung, in: Heinrich Best/Helmut Thome, *Neue Methoden der Analyse historischer Daten*, St. Katharinen 1991.

Als Verfahren zur Rekonstruktion der parlamentarischen Konfliktstrukturen wurde die Mokken-Skalierung eingesetzt¹². Es ist dies eine stochastische Version des Guttman-Modells, das ja von der rigorosen Annahme einer deterministischen Relation zwischen der empirisch zugänglichen Beobachtungsebene und der Konstruktebene ausgeht. Dies ist eine wenig realistische Annahme, und Guttman-Skalen, die dem Kriterium folgen, daß einem Beobachtungspunkt nur ein Punkt auf einem latenten Kontinuum entspricht, sind in der empirischen Sozialforschung denn auch extrem selten. „Latent-structure“-Modelle wie die Mokken-Skalierung gehen demgegenüber davon aus, daß für Abweichungen zwischen dem Guttman-Modell und der beobachteten Realität außer Mehrdimensionalität auch unscharfe Valenzen der items verantwortlich sein können. Danach besteht zwischen einem Indikator und einer latenten Einstellungsdimension eine probabilistische Beziehung: Die Mokken-Skalierung läßt sich dementsprechend als eine Variante des Guttman-Modells mit einem freien Parameter formalisieren. Auf die Technik der Skalenbildung selbst kann hier nicht näher eingegangen werden. Das Kriterium der Skalierbarkeit von items und der Skalenhomogenität ist bei Mokken Loevinger's Homogenitätskoeffizient (H), der zwischen Eins und Null variiert.

Die Analysen des Abstimmungsverhaltens mit dem Verfahren der Mokken-Skalierung hatten ein prägnantes Ergebnis, das in den Grundzügen zwischen beiden Untersuchungsgruppen übereinstimmt. Wählt man den hohen Wert von $H > 0.5$ als Einschlußkriterium für die Aumahme einer Abstimmung in eine Skala, dann lassen sich in der Frankfurter Nationalversammlung 79 von 90 (= 88%) der Voten und in der Assemblée nationale Constituante 66 von 86 Abstimmungen (= 77%) jeweils einer Hauptskala zuordnen. Die für die Hauptskalen errechneten Gesamt-Homogenitätskoeffizienten erreichen sehr hohe Werte, gleiches gilt für die Prüfstatistik DELTA*. Die Homogenität eines Itemsatzes reicht jedoch nicht hin, um zu entscheiden, ob eine Skala vorliegt, die eine Eigenschaftsdimension eines Sachverhaltes abbildet. Dazu muß zusätzlich geklärt werden, ob die in die Hauptskala aufgenommenen Abstimmungen einem gemeinsamen „Bedeutungsuniversum“ zugehören, das heißt, einem „Sinnzusammenhang, ... für den ein konkreter Satz von Indikatoren als operationale Definition verstanden werden kann“¹³. In Abstimmungsanalysen ist es sonst üblich, diesen Sinnzusammenhang aus den manifesten Inhalten der Vorlagen zu erschließen. Das ist ein problematisches Vorgehen, weil sich dabei gewöhnlich ein hoher Arbeitsaufwand mit einem unerfreulich großen Ermessensspielraum bei der Deutung von Abstimmungstexten verbindet. Im gegeb-

¹² Eine Beschreibung des Verfahrens findet sich u.a. bei Kees Niemöller/Wijbrandt van Schuur, *Stochastic Models for Unidimensional Scaling: Mokken and Rasch*, in: David McKay u.a. (Hrsg.), *Data Analysis in the Social Sciences*, London 1983, S. 120-146.

¹³ Erwin K. Scheuch/Helmut Zehnpfennig, *Skalierungsverfahren Sozialforschung*, in: *Handbuch der empirischen Sozialforschung*, Bd. 3a, 3. Aufl., Stuttgart 1974, S. 99. 14.

nen Fall verfügen wir jedoch über leistungsfähige externe Kriteriumsvariablen, die eine zuverlässigere Zuordnung ermöglichen: In beiden Versammlungen bildeten sich mehr oder weniger ephemere Fraktionen oder „Protofraktionen“, die von den Beteiligten und den zeitgenössischen Beobachtern nach einem Rechts-Links-Schema geordnet wurden. Wenn die Skalen, wie erwartet, Positionen auf einem Rechts-Links-Kontinuum messen, dann müßten die Abgeordneten vom äußersten rechten Flügel über die Mitte zum linken Flügel hin abnehmende durchschnittliche Skalenwerte aufweisen.

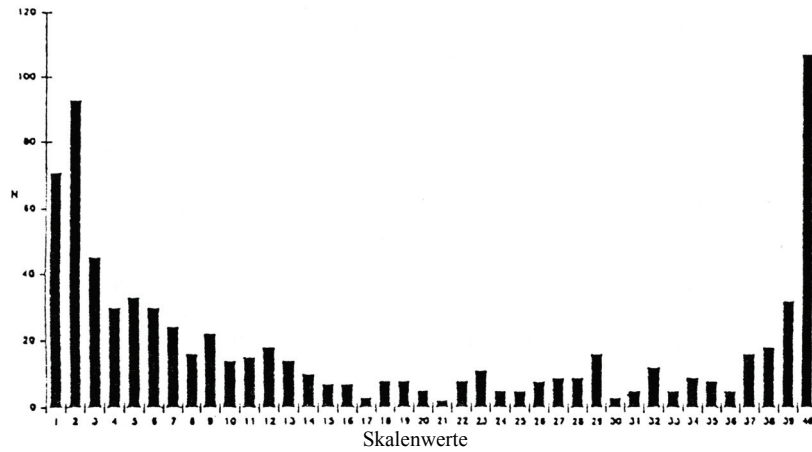
Das Ergebnis einer Varianzanalyse der Skalenwerte mit der Fraktionszugehörigkeit als Klassifikationsvariable unterstützt für beide Untersuchungsgruppen nachdrücklich die Annahme, daß die Skalen Positionen auf einem Rechts-Links-Kontinuum abbilden: Die historisch überlieferten und die aus dem Abstimmungsverhalten ermittelten Positionen von Fraktionen und Protofraktionen auf dem Rechts-Links-Kontinuum sind nahezu identisch¹⁴ (s. Schaubilder 1 und 2).

Aufschlüsse über die Mechanismen, die den Prozeß der Formierung von Konfliktgruppen steuerten, ergeben sich, wenn man die Besetzung der Skalenpositionen betrachtet. Dann zeigt sich ein markant bimodales Muster: In beiden Versammlungen konzentrierten sich die Fälle auf die äußeren Skalenpositionen. Dieses Ergebnis der Skalenanalysen unterstützt die Annahme, daß das Abstimmungsverhalten einer Entscheidungslogik folgte, bei der der Status quo über Serien von Voten die gleichbleibende Alternative bildete. „Mehrdimensionalität“ und strategisches Abstimmungsverhalten hätten dagegen zu überzufällig häufigen Inkonsistenzen in den Abstimmungsmustern oder einer stärkeren Besetzung des Mittelbereichs der Hauptskalen führen müssen. Die beobachteten Verteilungen sind dagegen ein starkes Argument für die These eines „natürlichen Bipartismus“, wie sie u.a. Maurice Duverger vertreten hat: Das Ergebnis politischer Freiheit war nicht promiskuitive Pluralität, sondern ein eindimensionales und polarisiertes Konfliktmuster.

Hier stellt sich die Frage, warum in beiden Versammlungen, die in markant unterschiedlichen Kontexten zusammentraten, isomorphe und rigide Konfliktstrukturen entstanden. Einen „Zwang zur Konsistenz“ setzte sicherlich der Umstand, daß namentliche Abstimmungen öffentlich sind und Abweichungen der Abgeordneten von den Verhaltenserwartungen durch andere Akteure sanktioniert werden können. Doch erklärt dieser Sachverhalt nicht, warum sich in beiden Versammlungen polare Konfliktstrukturen ausprägten, was im übrigen ja auch den frühparlamentarischen Vorbehalten gegenüber „Parteiungen“ jeder Art widersprach und die beobachteten Konstellationen zu einem Beispiel für ungeplante, ja unerwünschte Folgen politischen Handelns macht.

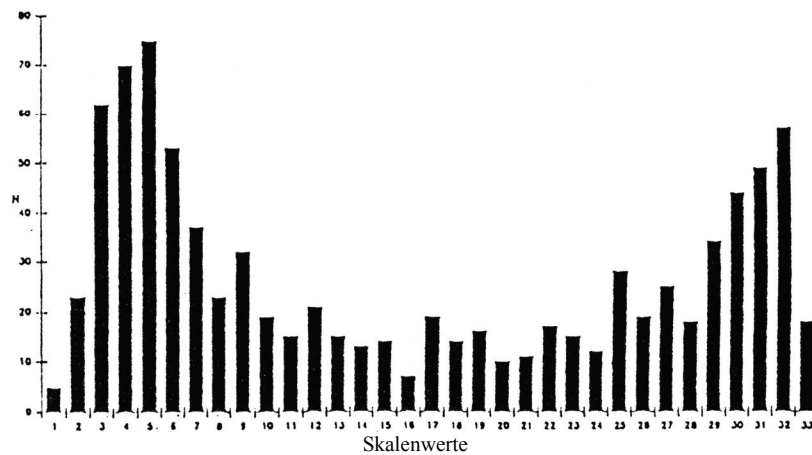
¹⁴ Vgl. Best/Zimmermann, Dimensionen (Anm. 11).

Schaubild 1: Abgeordnete der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49:
Skalenwerte auf der Links-Rechts-Skala (Mokken-Skala)



Anmerkung: 79 Items (in der Darstellung wurden je zwei benachbarte Skalenpositionen zusammengefaßt); $H = 0.76$, Delta-Star = 946.91

Schaubild 2: Abgeordnete der Assemblée Nationale Constituante 1848/49:
Skalenwerte auf der Links-Rechts-Skala (Mokken-Skala)



Anmerkung: 66 Items (in der Darstellung wurden je zwei benachbarte Skalenpositionen zusammengefaßt); $H = 0.76$, Delta-Star = 752.56

In Anlehnung an Überlegungen und Systematisierungen von John W. Kingdon¹⁵ wird hier ein dynamisches Modell der Strukturbildung in parlamentarischen Versammlungen vorgeschlagen, das von der Überlegung ausgeht, daß die Formierung politischer Konfliktgruppen in Parlamenten den Koordinationsanforderungen kontinuierlicher Entscheidungsbildung unter kompetitiven Bedingungen folgt. In vereinfachter Weise läßt es sich wie folgt darstellen: Ein primärer Prozeß der Gruppenbildung wird dadurch ausgelöst, daß Abstimmungen in Parlamenten – wie andere rationale Entscheidungen auch – Transaktionskosten verursachen, die sehr hoch werden können, wenn sich Abgeordnete mit Serien von Vorlagen befassen müssen, zu deren Bewertung großes Fachwissen erforderlich ist oder die nur schwer absehbare politische Folgen haben. In solchen Situationen werden Abgeordnete versuchen, ihre Informationskosten zu senken, indem sie ihr Abstimmungsverhalten an solchen Kollegen orientieren, die sie für sachlich kompetent oder besonders vertrauenswürdig ansehen. Im Insider-Jargon der amerikanischen Parlamentarier wird dieser Vorgang mit „cue-taking“ bezeichnet. Die Entstehung von Protofraktionen in Parlamenten läßt sich danach als das Ergebnis einer Spezialisierung und Arbeitsteilung deuten. (Proto-) Fraktionen bilden die Foren der Kommunikation, in denen Abgeordnete entweder ihr jeweiliges Expertenwissen austauschen oder Informationen über den Preis der Verpflichtung zu Konformität in Abstimmungen zu erlangen suchen. Gelingt es, verschiedene Handlungsalternativen in einem niederdimensionalen Konfliktraum zu lokalisieren, so führt dies zu einer weiteren kognitiven Entlastung der parlamentarischen Akteure. Ronald Heiner hat darauf aufmerksam gemacht, daß unter turbulenten Handlungsbedingungen, wie sie für Revolutionen typisch sind, die Tendenzen zur Realitätsvereinfachung besonders ausgeprägt sind¹⁶. Solche Argumente begründen jedoch eher die Eindimensionalität der Konfliktstrukturen, weniger ihre Polarität, die wir vor allem dem Bemühen der Parlamentarier zurechnen, ihre Durchsetzungsmacht zu steigern. Die primären parlamentarischen Gruppen verstetigten sich und tendierten zur weiteren Aggregation infolge der parlamentarischen Mehrheitsregeln: Stabile Mehrheiten über Zeit werden belohnt – das gilt selbst für die Verabschiedung von Einzelgesetzen mit dazugehörigen Amendments. Bedenkt man, daß politische Konflikte auch Kämpfe um Machtpositionen sind, so wird eine weitere Knappheitsregel ins Spiel gebracht, die im Argument der „minimal winning coalition“ formalisiert wurde: Kleine Mehrheiten führen zu einer günstigeren Relation zwischen der Anzahl der im Konkurrenzkampf um die Macht verfügbaren Positionen und der Anzahl der durch Zugehörigkeit zur

¹⁵ Vgl. John W. Kingdon, Models of Legislative Voting, in: The Journal of Politics, 39/1977, S. 563-595.

¹⁶ Vgl. Ronald Heiner, The Origin of Predictable Behavior, in: American Economic Review, 73/1983, S. 560-589.

Mehrheitsgruppe zur Ämterappropriation berechtigten Aspiranten¹⁷. Schließlich gilt: Eine polarisierte Struktur erhöht die Mitgliederstabilität der parlamentarischen Konfliktgruppen, denn bei sonst gleichen Bedingungen ist in einem Zweiparteiensystem für den Austritt oder das Ausscheiden im Durchschnitt ein höherer Preis zu zahlen als in einer Mehrparteienstruktur¹⁸. Fassen wir die Argumente zusammen, dann erklärt sich die beobachtete eindimensional-bipolare Konfliktstruktur aus dem Zusammenwirken von drei Hauptfaktoren der Strukturbildung: (1) der Notwendigkeit, die Transaktionskosten der parlamentarischen Entscheidungsbildung zu senken, (2) der Tendenz, die Durchsetzungsmacht der parlamentarischen Konfliktgruppen zu steigern und dabei (3) einen möglichst starken Solidaritätsdruck auf die Gruppenmitglieder auszuüben.

Die Differenzierung und Verstetigung politischer Konfliktgruppen wird hier als ein autokatalytischer Differenzierungs- und Institutionalisierungsprozeß, als das ungeplante Ergebnis des parlamentarischen Entscheidungshandelns der einzelnen Abgeordneten modelliert. Tatsächlich widersprach die Formierung kohärenter und relativ disziplinierter Abstimmungsblöcke dem Prinzip der ungebundenen Stimmabgabe, das für die liberale Lehre von der freien Repräsentation konstitutiv ist. Zugleich dürfen wir die parlamentarischen Konfliktstrukturen nicht einfach als ungestörte Abbilder gesellschaftlicher Spannungslinien auffassen. Die verfassungsgebenden Versammlungen wurden vor der Entstehung organisierter Massenparteien und der Formierung sozio-ökonomischer Interessengruppen auf gesamtstaatlicher Ebene gewählt. Vielmehr gilt: Die Weise, in der sich die politischen Konfliktgruppen in den Parlamenten ausdifferenzierten und verstetigten, überformte auch den gesellschaftlichen Prozeß der Entstehung von Massenparteien und politischen Bewegungen.

Die Entscheidungen der Parlamente entfalteten das Relief der kognitiven Landkarten, auf denen in den öffentlichen Debatten die politischen Konfliktthemen verortet wurden. So vollzog sich in Deutschland die Spaltung der zunächst politisch heterogenen Vaterländischen Vereine in einen konstitutionellen und einen demokratischen Flügel unter dem Eindruck der Frankfurter Zentralgewaltsdebatten im Juni 1848, deren Ergebnis ein konstitutionell-monarchisches Reichsoberhaupt als Spitze des Gesamtstaates vorwegnahm¹⁹. Die Organisationsbildung der neuen Massenparteien und politischen Bewegungen ging zum Teil unmittelbar von den Fraktionen und Protofraktionen in den Konstituanten aus. Das trifft beispielsweise für die demokratischen Fraktionen

¹⁷ Vgl. L.C. Dodd, Party Coalitions in Multiparty Systems. A Gametheoretic Analysis, in: American Political Review, 68/1974, S. 1093-1117.

¹⁸ Vgl. Boudon, Logik (Anm. 4), S. 38; vgl. auch Michael Hechter, A Theory of Group Solidarity, in: ders., The Microfoundations of Macrosociology, Philadelphia 1983, S. 16-57.

¹⁹ Vgl. Wolfram Siemann, Die deutsche Revolution von 1848/49, Frankfurt a.M. 1985, S. 100.

des linken Flügels der Paulskirche zu, die im Frühjahr 1849 die Dachorganisation des „Zentralmärzvereins“, der ersten deutschen Massenpartei mit insgesamt 950 Ortsvereinen und ca. 500 000 Mitgliedern, bildeten²⁰. Im Frankreich der Zweiten Republik blieb die Fraktionsbildung ebenso wie die Parteibildung ephemer. Doch präfigurierte die Konfliktstruktur der Pariser Konstituante die beiden politischen Tendenzen, die noch heute die französische Politik bestimmen: „Elle est l'ancêtre authentique de toute idéologie de gauche tandis qu'elle fournit précédent et modèle pour tous les centres droit à venir“, wie es Maurice Agulhon formulierte²¹.

Zu vereinfachend wäre es jedoch, den Prozeß der Formierung einer politischen Konfliktstruktur analog Karl Deutschs bekanntem Kaskadenmodell als einen einseitig von der Elitenebene ausgehenden Kommunikations- und Institutionalisierungsprozeß zu beschreiben. An einer dynamischen Analyse der Strukturbildung in den beiden Versammlungen läßt sich dagegen zeigen, daß Interventionen aus anderen Bereichen des politischen Handlungsfeldes unter bestimmten Bedingungen die Konfliktstrukturen in den Parlamenten verändern konnten.

Genese und Transformation der parlamentarischen Konfliktgruppen in den Parlamenten lassen sich in unseren Daten an den Schwankungen der zeitlich geordneten H-Koeffizienten nachzeichnen. Sie wurden als Homogenitätsmaße eingeführt, in denen die Übereinstimmung des Antwortmustervektors einer einzelnen Vorlage mit dem generellen Abstimmungsmuster zum Ausdruck kommt. Im Grenzfall einer eindimensional-homogenen Konfliktstruktur müßten alle Abstimmungen in einem Parlament eine Skala bilden. Strukturbildung als ein Prozeß, der von einer Situation relativer Strukturlosigkeit ausgeht und zu einem stabilen Konfliktmuster führt, müßte sich

- (a) in einem Anstieg der H-Koeffizienten bis zu einem Sättigungswert nahe 1 und nachfolgender Stabilität der Homogenitätskoeffizienten und/oder
- (b) in einer abnehmenden mittleren Varianz der Homogenitätskoeffizienten bei fortschreitender Sequenzposition ausdrücken.

Die Abbildungen 3 und 4 zeigen die Positionen der H-Koeffizienten als Sterne im Koordinatensystem. Die durchgezogenen Linien bezeichnen die Verläufe der exponentiell gewichteten Gleitmittelwerte der H-Koeffizienten. Die gestrichelten Linien stellen die gleitenden Standardabweichungen dar.

Im Fall der deutschen Abgeordneten sind die gleitenden Mittelwerte der Homogenitätskoeffizienten anfangs annähernd stationär. Der erwartete Prozeß der Institutionalisierung einer Konfliktstruktur kommt aber zunächst erwartungsgemäß in der abnehmenden Streuung der H-Koeffizienten während der Konstituierungsphase der Nationalversammlung zum Ausdruck. Ab September

²⁰ Manfred Botzenhart, *Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848-1850*, Düsseldorf 1977, S. 402 f.

²¹ Maurice Agulhon, *1848 ou l'apprentissage de la République 1848-1852*, Paris 1973, S. 230.

1848 ordneten sie sich in einem schmalen Wertebereich. Doch hatte diese Konsolidierung keinen Bestand, denn zunehmend geriet die Auseinandersetzung um rechte und linke Positionen, die sich vereinfachend als eine Kontroverse um die soziale Reichweite politischer und ökonomischer Partizipationsrechte deuten läßt, unter den Einfluß einer zweiten Konfliktfront: den großdeutsch-kleindeutschen Gegensatz, in dem es um die territoriale Reichweite einer deutschen Nationalstaatsbildung, die Frage nach der Einbeziehung des österreichischen Kaiserstaats ging²². Abstimmungen, die diesem Konfliktfeld zuzuordnen sind, bilden eine zweite Mokken-Skala, der 33 Abstimmungen zugeordnet werden. 28 dieser Abstimmungen sind auch Bestandteil der Hauptskala. Auch in dieser Phase gab es jedoch Abstimmungen, in denen weiter nach dem Bewertungsschema des links-rechts-Gegensatzes entschieden wurde. Wir beobachten also die komplizierte Situation eines „unvollendeten Realignments“, einer Konfliktstruktur, die kurzfristig zwischen zwei Zuständen wechselte, auf die gleichzeitig zwei unterschiedliche Mechanismen der Strukturbildung einwirkten. In der Wertereihe kommt dies in einer stark zunehmenden Streuung der Homogenitätskoeffizienten zum Ausdruck. In der Konsequenz überlastete die Kreuzung politischer Konfliktlinien die institutionellen Strukturen und informellen Prozeduren der Entscheidungsbildung, die sich bis Sommer und Herbst 1848 herausgebildet hatten. In diesem Spannungsfeld zermürbten und zerbrachen schließlich die Gesinnungs- und Handlungsgemeinschaften, die die Grundlage der Fraktionsbildung und der Bindung der Abgeordneten an ihre Mandate gewesen waren. Die Spaltung der Nationalversammlung in sezessionisierende Teilversammlungen und der vorzeitige Auszug vor allem österreichischer Abgeordneter aus dem Parlament sind Symptome dieses Zerfalls²³.

Während in Deutschland Fluktuationen der Homogenität des Abstimmungsverhaltens in den Streuungsmaßen zum Ausdruck kommen, wobei die gemittelten H-Koeffizienten zunächst annähernd stationär sind, beobachten wir in der Pariser Konstituante nach dem erwarteten Anstieg ausgeprägte Schwankungen dieser Wertereihe. Erst ab Herbst 1848 pendelt sich die Reihe bei fortdauernden Fluktuationen auf einen stetigen Verlauf ein. Der Befund koinzidiert mit der in Frankreich ephemeren Struktur parlamentarischer Fraktionen. Zwar waren auch die „Reunionen“ in der Pariser Konstituante nach einem Rechts-Links-Schema differenziert, doch entwickelten sie im gesamten Untersuchungszeitraum keine stabilen Organisationsstrukturen, fluktuierte ihr Anhang, vermochten sie vor allem nicht das Prinzip der gebundenen Stimmabgabe bei ihren Teilnehmern durchzusetzen²⁴. Der links-rechts-Gegensatz war hier also nicht in Koalitionen und Kollisionen formal organisierter Konfliktgruppen

²² Vgl. Best, *Bildung und Besitz* (Anm. 5), S. 344-349.

²³ Vgl. ebd., S. 448-454.

²⁴ Vgl. Paul Bastid, *Doctrines et institutions politiques de la Seconde République*, Bd. 1, Paris 1945, S. 213-216 u.ö.

institutionalisiert, sondern ein informelles Ordnungsschema, das aber vor allem durch die Orientierung auf die wechselnden Regierungen der Zweiten Republik Kontur erhielt. Mit der Etablierung des Präsidialregimes Louis Napoléon Bonapartes formierte sich ein gouvernementales Lager, dem eine linke Opposition gegenüberstand. Damit gewann der links-rechts-Gegensatz als handlungssteuerndes Konfliktmuster an Prägnanz und Stabilität. Der Fraktionszwang, der in der Frankfurter Nationalversammlung zunächst Konformität des Abstimmungsverhaltens bewirkte, hatte in Frankreich in den Interventionen der Regierung, vor allem durch Patronage und Klientelismus, ein Äquivalent.

Schaubild 3: Abstimmungen in der Frankfurter Nationalversammlung: H_i Koeffizienten in sequentieller Ordnung (durchgezogene Linie: gleitende Mittelwerte, gestrichelte Linien: gleitende Standardabweichungen)

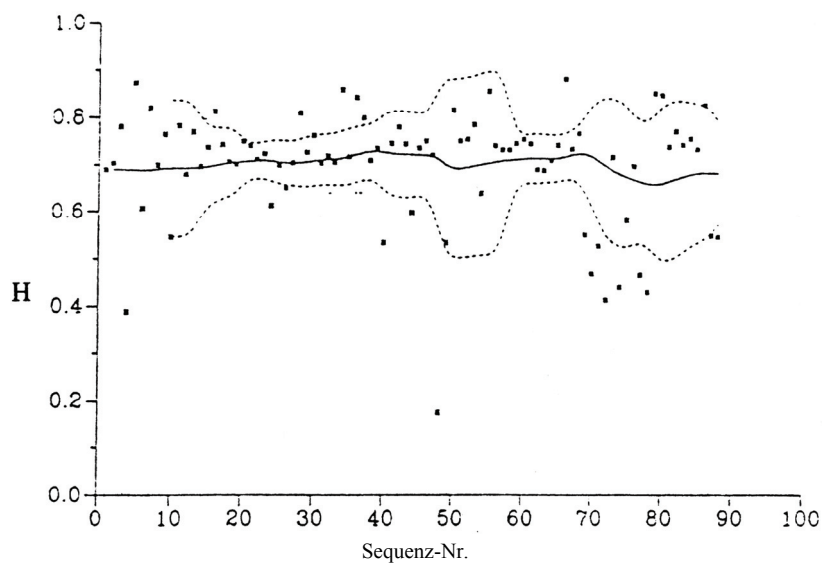
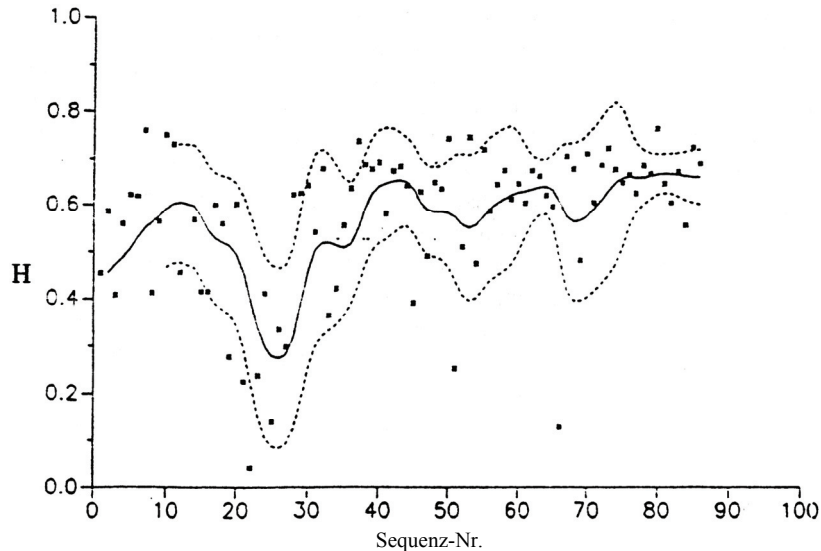


Schaubild 4: Abstimmungen in der Assemblée Nationale Constituante:
H_iKoeffizienten in sequentieller Ordnung (durchgezogene Linie: gleitende
Mittelwerte, gestrichene Linien: gleitende Standardabweichungen)



Festzuhalten bleibt, daß der zeitliche Ablauf der Strukturbildung in beiden Parlamenten in der Tat phasenweise als ein fortschreitender Differenzierungs- und Institutionalisierungsprozeß beschrieben werden kann, in dessen Verlauf sich diffuse und inhomogene Orientierungen verstetigten und institutionell verfestigten. Offensichtlich begünstigt die Logik der Entscheidungsbildung in Parlamenten die Formierung „einfacher“ Strukturen, in denen sich Handlungsalternativen in niederdimensionalen Konfliktträumen anordnen und sich Abgeordnete in polarisierten Konfliktgruppen gegenüber treten. Diese Deutung wird auch durch den Umstand gestützt, daß das in beiden Konstituanten beobachtete Konfliktmuster in sehr ähnlicher Weise in anderen „Parlamenten der ersten Stunde“ auftrat: so im Kongreß der Vereinigten Staaten, im französischen Konvent von 1792 oder in der mexikanischen Konstituante von 1917²⁵. Andererseits hat aber die Rekonstruktion der Dynamik des Prozesses der Strukturbildung gezeigt, daß es eine unzulässige Verkürzung wäre, Parlamente ausschließlich als Interaktionssysteme zu modellieren, deren Strukturbildung

²⁵ Vgl. Peter H. Smith, *The Making of the Mexican Constitution*, in: William O. Aydelotte (Hrsg.), *The History of Parliamentary Behavior*, Princeton N.J. 1977, S. 186-224; Alison Patrick, *The Men of the First French Republic: Political Alignments in the National Convention of 1792*, Baltimore 1987; John Hoadley, *The Emergence of Political Parties in Congress, 1789-1803*, in: *American Political Science Review*, 74/1980, S. 757-779.

„selbstreferentiell“ dem Erfordernis folgt, die Komplexität von Problemlagen zu verringern und Konfliktgruppen zu stabilisieren. Gerade der Fall Deutschland liefert mit dem großdeutsch-kleindeutschen Konflikt das Beispiel dafür, daß auch äußere Problemlagen intervenieren und einen Grad an „Sperrigkeit“ erreichen können, der sich jedem Versuch zur Realitätsvereinfachung widersetzt. Die Formierung einer zweiten Konfliktfront um die territoriale Reichweite der Nationalstaatsbildung, die man unter normativen Gesichtspunkten vielleicht als erwünschte Antwortbereitschaft eines Parlaments auf die Pluralität der vielfach parzellierten politischen Landschaft Deutschlands bewerten könnte, erwies sich tatsächlich als ein Desaster für den Parlamentarisierungsprozeß: Im Spannungsfeld sich kreuzender Konfliktlinien zermürbten und zerbrachen schließlich jene parlamentarischen Gesinnungs- und Handlungsgemeinschaften, die vielleicht in der Lage gewesen wären, das politische Programm der Reichsverfassung gegenüber den traditionellen Machträgern zu verwirklichen. Daran lassen sich weitere allgemeine Überlegungen anknüpfen wie die, daß zwischen der Responsivität und der Handlungsfähigkeit parlamentarischer Führungsgruppen eine inverse Beziehung besteht und beide Elemente parlamentarischer Entscheidungsbildung in einem Spannungsverhältnis stehen. Die Folgen des Gegenspiels von Konformitätsdruck und Distraktionskräften werden in den phasierten Verläufen der beiden Wertereihen prägnant abgebildet. Hier müßte weitere Forschung über die Vermittlungsprozesse zwischen der inner- und außerparlamentarischen Handlungsebene ansetzen. In dieser Untersuchung sollte vor allem deutlich gemacht werden, daß eine historisch-politische Soziologie nicht lediglich als Analyse sozialen Wandels oder Lieferantin von Datenpunkten für Makroanalysen, deren Beobachtungseinheiten ganze Gesellschaften sind, von Belang ist. Auch und gerade für die Modellierung sozialer Interaktionssysteme ist die historische Perspektive unverzichtbar. Die Geschichte ist eine begnadete Arrangeurin von Konstellationen, in denen sich das, was uns heute als eingeschliffene Routine, als Sediment menschlicher Erfahrung und als soziale Institution begegnet, einspielte und verfestigte. Zwar kann ein Sachverhalt nicht lediglich durch die Erzählung seiner Entstehungsgeschichte verstanden werden, wie das die sogenannten historischen Erklärungen suggerieren, doch ist es notwendig, seine Geschichte zu kennen, denn erst in ihrem Verlauf finden sich die Elemente und kommen die Gesetze zur Anwendung, die ihn in seiner gegenwärtigen Erscheinung kennzeichnen.